

## **Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1992

**Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und  
Soziales**  
- Drucksachen 11/2450, 11/2723 -

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
11. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**11/898**

**Bericht über das Ergebnis der Beratungen des**

**Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie**

**Berichterstatter Abgeordneter Heckelmann SPD**

### **Beschlußempfehlung**

Der 42. Landesjugendplan sowie die Kapitel 07 050 und 07 410 werden mit den sich aus dem Bericht ergebenden Änderungen angenommen.

## Bericht

Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie hat in seinen Sitzungen am 10. Oktober, 7. und 28. November 1991 den 42. Landesjugendplan und die

Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und  
Soziales Ausbildungswesen und  
Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für  
Kleinkind- und außerschulische  
Erziehung (SPI)

beraten.

Für die Beratungen lagen dem Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie folgende Vorlagen vor:

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen	11/756 11/808 11/846 11/847 11/872 11/918
---	--

Als Zuschriften sind eingegangen:

Landschaftsverband Rheinland	11/1002
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen	11/1106
Landesarbeitskreis für Ehe- und Familienberatung in NW	11/1114

## Einzelberatung

Für die abschließende Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie am 28. November 1991 lagen Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, CDU und DIE GRÜNEN vor.

Die Sprecherin der Fraktion der F.D.P. erklärte, daß sie deshalb keine Änderungsanträge stelle, weil - unabhängig von der späten Vorlage sowohl der Ergänzung zum Haushaltsentwurf als auch der Änderungsanträge - die Deckungsvorschläge in der Ergänzung nicht nachvollziehbar seien. Ihre Fraktion spreche sich ebenfalls für eine Konsolidierung des Haushalts aus; sie werde dort, wo Erhöhungen notwendig seien, diesen nicht entgegenstehen. Insbesondere die Problematik der Kinderbetreuung sei in der Ergänzung nicht ausreichend berücksichtigt. Aus den genannten Gründen werde sie sich weitestgehend der Stimme enthalten.

Die Änderungsanträge mit den jeweiligen Begründungen und den Abstimmungsergebnissen sind der Anlage zu entnehmen.

Im Anschluß an die Einzelabstimmungen nahm der Ausschuß einstimmig den folgenden Antrag der Fraktion der CDU an:

"Im Rahmen der Betriebskostenzuschüsse für offene Jugendfreizeitstätten gilt die Bestandssicherungsregelung bis zum 31. Dezember 1994. Sofern bis zu diesem Zeitpunkt ein Gesetz zur Sicherung und Förderung der Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen vom Landtag nicht verabschiedet worden ist, ist die zeitliche Befristung der Bestandssicherung aufzuheben."

Bei der Schlußabstimmung wurde

- der **42. Landesjugendplan** unter Einbeziehung der beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktionen der F.D.P. und DIE GRÜNEN angenommen,
- das **Kapitel 07 050 insgesamt** unter Einbeziehung der beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen,
- das **Kapitel 07 410 unverändert** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Enthaltung der Fraktionen der F.D.P. und DIE GRÜNEN angenommen.

Heckelmann  
Vorsitzender

Anlage

**Änderungsanträge der Fraktionen  
im Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie  
zum Einzelplan 07**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	SPD	<p>Kapitel 07 050 Titel 632 00 Erhöhung des Ansatzes um auf 3 500 DM 63 500 DM</p> <p>Begründung: Die Erhöhung ist zur Abdeckung zu erwartender Gehaltserhöhungen in 1992 erforderlich, die im Entwurf nicht berücksichtigt sind.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. Enth. Grüne ja</p>
2	Grüne	<p><u>Kapitel 07 050 Titel 684 60</u> und Epl 11 Kapitel 11 020 Titel 684 20 Erhöhung beider Ansätze insgesamt um 2 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Die zusätzlichen Mittel werden zweckgebunden für Frauenberatungsstellen eingesetzt. Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung: Das Angebot an frauenorientierten Beratungsstellen ist in NW völlig unzureichend. Der Antragsstau ist nach wie vor beträchtlich. Die von der Landesregierung vorgesehene Erhöhung der Fördermittel reicht noch nicht einmal aus, um die Steigerung der Personalkosten aufzufangen. Die Frauenberatungsstellen werden damit schlechter gestellt als andere Beratungsstellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	Grüne	<p>Kapitel 07 050 Titel 684 60  Erhöhung des Ansatzes um weitere 2 000 000 DM  In die Erläuterungen wird aufgenommen:  "Die zusätzlichen Mittel werden zweckgebunden veranschlagt für die Planung, Einrichtung und Inbetriebnahme von Familienplanungscentren in ländlichen Regionen. Diese Erläuterungen sind verbindlich."  Begründung:  Die von der Landesregierung vorgesehenen Mehrausgaben werden dem Bedarf an Beratungsstellen zur Verhütungsberatung, Schwangerschaftsbegleitung, zum Schwangerschaftsabbruch oder bei sexuellen Problemen nicht annähernd gerecht und dies, obwohl im Zusammenhang mit der Diskussion um die Neuregelung des § 218 auch von Mitgliedern der Landesregierung immer wieder ein erhöhter Beratungs- und Behandlungsbedarf festgestellt wurde. Ein besonders hoher Bedarf besteht an Familienplanungszentren, die besonders auf dem Land beschwerliche und wiederholte Wege vermeiden helfen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein  CDU nein  F.D.P. nein  Grüne ja</p>
4	Grüne	<p>Kapitel 07 050 Titel 684 60  Erhöhung des Ansatzes um 1 000 000 DM  In die Erläuterungen wird aufgenommen:  "Die zusätzlichen Mittel werden zweckgebunden zur Einrichtung einer telefonischen Beratungsstelle gegen Frauenhandel eingesetzt. Diese Erläuterungen sind verbindlich."  Begründung:  Landesregierung und Landtag haben sich wiederholt gegen internationalen Sextourismus und Frauenhandel ausgesprochen. Das MGFH hat 1991 erstmals ein diesbezügliches Beratungszentrum bezuschusst. Es gibt im Land verschiedene Gruppen, die sich - aktiv und meist ehrenamtlich - verschleppter Frauen annehmen. Ihrer Erfahrung nach gestaltet sich die Beratung betroffener Ausländerinnen sehr schwierig. Da diese meist nicht über deutsche Sprachkenntnisse verfügen, unter Kontrolle ihrer Käufer/Ehemänner stehen und deshalb kaum die Möglichkeit haben, ein Beratungszentrum aufzusuchen - erst recht nicht, wenn es in einer anderen Stadt liegt. Eine Telefonberatung ist dagegen leichter zugänglich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein  CDU nein  F.D.P. nein  Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	SPD	<p>Kapitel 07 050 Titel 684 60 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 80 000 DM auf 51 958 000 DM</p> <p>Begründung: Wegen der steigenden Zahl von Kindesmißhandlungen sollen in der Kinderschutzambulanz Münster unter Leitung von Prof. Dr. Fürniss zwei zusätzliche Stellen gefördert werden: 1 Dipl.-Päd. für die Therapie sexuell mißbrauchter Jungen und 1 Dipl.-Päd. für die Therapie sexuell mißbrauchter Kleinkinder.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. Enth. Grüne ja</p>
6	CDU	<p>Kapitel 07 050 Titel 893 60 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um insgesamt 1 000 000 DM auf 3 600 000 DM</p> <p>Von der Erhöhung entfallen auf: UT 9 a 500 000 DM UT 9 c 500 000 DM</p> <p>Begründung: Die Erhöhung soll zur Abdeckung des dringenden Bedarfs an Modernisierungsmaßnahmen dienen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. nein Grüne ja</p>
7	Grüne	<p>Kapitel 07 050 Titel 684 61 Erhöhung des Ansatzes um 2 500 000 DM</p> <p>Begründung: In der Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf ist dieser Titel um 2,5 Mio DM gekürzt worden. Besonders von den Kürzungen betroffen sind neben anderen der Bereich Bildungsarbeit. Die Träger der freien Jugendhilfe müssen ihre Angebote aber mindestens im bisherigen Umfang aufrechterhalten können. Jede Kürzung bedeutet eine qualitative Verschlechterung des vielfältigen Angebots der freien Träger.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein Grüne ja</p>
8	SPD	<p>Kapitel 07 050 Titel 684 61 UT 1 Landesjugendplan (LJP) Pos. I/1 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 300 000 DM auf 850 000 DM</p> <p>Begründung: Aufhebung der in der Ergänzungsvorlage vorgesehenen Kürzung und Wiederherstellung des ursprünglichen Ansatzes.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	SPD	<p>Kapitel 07 050 Titel 684 61 UT 2 LJP Pos. 1/2 Erhöhung des Ansatzes um 200 000 DM auf 17 545 000 DM</p> <p>Begründung: Aufhebung der in der Ergänzungsvorlage vorgesehenen Kürzung und Wiederherstellung des ursprünglichen Ansatzes.</p> <p><u>Ferner wurde beantragt:</u></p> <p>In der Beilage zu Epl 07 wird in den Erläuterungen zu LJP Pos. 1/2 die Zahl "40" durch die Zahl "45" ersetzt.</p> <p>Begründung: Diese Erhöhung gibt den Jugendverbänden mehr Spielraum bei der Finanzierung von Bildungsveranstaltungen. Die Teilnehmertagesätze müssen zudem den erhöhten Personalkosten angepaßt werden. Die Erhöhung führt zu einer Einschränkung bei der Zahl der Maßnahmen, nicht aber zu einer Erhöhung der Landesmittel.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja Grüne ja</p>
10	SPD	<p>Kapitel 07 050 Titel 684 61 UT 7 LJP Pos. 1/10 a Erhöhung des Ansatzes um 400 000 DM auf 1 000 000 DM</p> <p>Begründung: Aufhebung der in der Ergänzungsvorlage vorgesehenen Kürzung und Wiederherstellung des ursprünglichen Ansatzes.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja Grüne ja</p>
11	SPD	<p>Kapitel 07 050 Titel 684 61 UT 8 LJP Pos. 1/11 a Kürzung des Ansatzes um 480 000 DM auf 850 000 DM</p> <p>Begründung: Eine Kürzung erscheint möglich, weil die erste Phase der hieraus finanzierten Aufbauförderung für das Land Brandenburg abgeschlossen ist.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein F.D.P. ja Grüne nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
12	CDU	Kapitel 07 050 Titel 684 61 UT 8 LJP Pos. I/11 a Erhöhung des Ansatzes um 200 000 DM auf 1 530 000 DM Begründung: Teilweise Aufhebung der in der Ergänzungsvorlage vorgesehenen Kürzung zur Abdeckung des dringend erforderlichen Bedarfs.	abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. nein Grüne Enth.
13	SPD	Kapitel 07 050 Titel 684 61 UT 9 LJP Pos. I/12 a und b Erhöhung des Ansatzes um 200 000 DM auf 1 600 000 DM Begründung: Aufhebung der in der Ergänzungsvorlage vorgesehenen Kürzung und Wiederherstellung des ursprünglichen Ansatzes.	angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja Grüne ja
14	CDU	Kapitel 07 050 Titel 684 61 UT 13 LJP Pos. II/1 Erhöhung des Ansatzes um 200 000 DM auf 43 000 000 DM Begründung: Aufhebung der in der Ergänzungsvorlage vorgesehenen Kürzung und Wiederherstellung des ursprünglichen Ansatzes.	abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. Grüne ja
15	SPD	Kapitel 07 050 Titel 684 61 UT 14 LJP Pos. III/1 Erhöhung des Ansatzes um 200 000 DM auf 14 800 000 DM Begründung: Aufhebung der in der Ergänzungsvorlage vorgesehenen Kürzung und Wiederherstellung des ursprünglichen Ansatzes.	angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja Grüne ja



Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
16	SPD	Kapitel 07 050 Titel 684 61 UT 15 LJP Pos. III/3 (jedoch nur Programmteil 4 "Vorangehende Beratung und nachgehende Betreuung (Jugendberatungsstellen)) Kürzung des Ansatzes um 500 000 DM auf 15 400 000 DM Begründung: Wegen des Rückgangs der Jugendarbeitslosigkeit ist eine Rücknahme der Landesförderung im Bereich der Beratungsstellen vertretbar.	angenommen SPD ja CDU Enth. F.D.P. Enth. Grüne nein
17	SPD	Kapitel 07 050 Titel 684 61 UT 16 LJP Pos. IV/1 Erhöhung des Ansatzes um 100 000 DM auf 8 750 000 DM Begründung: Aufhebung der in der Ergänzungsvorlage vorgesehenen Kürzung und Wiederherstellung des ursprünglichen Ansatzes.	angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja Grüne ja
18	SPD	Kapitel 07 050 Titel 684 61 UT 23 LJP Pos. VI/1 Erhöhung des Ansatzes um 400 000 DM auf 1 220 000 DM Begründung: Aufhebung der in der Ergänzungsvorlage vorgesehenen Kürzung und Wiederherstellung des ursprünglichen Ansatzes.	angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja Grüne ja
19	CDU	Kapitel 07 050 Titel 681 61 UT 30 LJP Pos. VII/1 Erhöhung des Ansatzes um 500 000 DM auf 4 900 000 DM Begründung: Die zusätzlichen Mittel dienen zur Anpassung der Förderung an den tatsächlichen Bedarf und zur Stärkung der ehrenamtlichen Tätigkeit.	abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. Grüne ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
20	SPD	<p>Kapitel 07 050 Titel 681 61 UT 30 LJP Pos. VII/1 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 180 000 DM auf 4 580 000 DM</p> <p>Begründung: Der Mittelbedarf zum Ausgleich des Verdienstaufschlags ist unmittelbar abhängig von der Anzahl der nach dem Sonderurlaubsgesetz gewährten Sonderurlaubstage für ehrenamtliche Mitarbeiter in der Jugendhilfe und dem in diesem Zusammenhang entstehenden Verdienstaufschlag. Da der Haushaltsplanentwurf 1992 eine Anhebung des Mittelansatzes wegen der Tarifsteigerungen nicht vorsah, muß - wie bei anderen personalbezogenen Ansätzen - ein Mehrbedarf von ca. 4 v.H. = DM 180 000 berücksichtigt werden. Die Erläuterungen sind entsprechend zu ändern.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. Enth. Grüne ja</p>
21	SPD	<p>Kapitel 07 050 Titel 684 62 UT 2 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 25 000 DM auf 1 017 400 DM</p> <p>Begründung: Die zusätzlichen Mittel dienen zur Aufstockung der Förderung wegen Anpassung an die tariflichen Gehaltssteigerungen.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. Enth. Grüne ja</p> <p>In diesem Zusammenhang bittet der Ausschuß die Landesregierung, beim Entwurf des Haushalts 1993 die tariflichen Gehaltssteigerungen von vornherein zu berücksichtigen.</p>
22	SPD	<p>Kapitel 07 050 Titel 684 62 UT 3 Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 31 300 DM auf 60 700 DM</p> <p>Begründung: Es handelt sich um die Wahrnehmung kommunaler Aufgaben; deshalb kann die bereits im Haushalt 1991 vorgenommene Verlagerung der Finanzierung auf die Jugendämter fortgesetzt werden. (Deckungsantrag)</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. nein Grüne nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
23	SPD	<p>Kapitel 07 050 Titel 684 62 UT 5 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 2 800 DM auf 124 600 DM</p> <p>Begründung: Die zusätzlichen Mittel dienen zur Aufstockung der Förderung wegen Anpassung an die tariflichen Gehaltssteigerungen.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. Enth. Grüne ja</p> <p>In diesem Zusammenhang bittet der Ausschuß die Landesregierung, beim Entwurf des Haushalts 1993 die tariflichen Gehaltssteigerungen von vornherein zu berücksichtigen.</p>
24	Grüne	<p><u>Kapitel 07 050 IG 63 UT 5, Titel 526 66 UT 1b, Titel 531 66 UT 4 sowie entsprechende Anteile der IG 60, 61, 62, 63 und Epl 11 Kapitel 11 020 Titel 684 40</u> Die Mittel, die zur Beratung und Unterstützung sexuell mißbrauchter Kinder und Jugendlicher aufgewendet werden, werden in 2 Titeln annähernd gleicher Beträge zusammengefaßt (je einer in Epl 11 und Epl 07). Erhöhung des Ansatzes um 6 300 000 DM und Vergabe nach Vorschlägen der Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann. Der Mehrbetrag wird zur Förderung Offener Treffs, Beratungsstellen und Zufluchtstätten für sexuell mißbrauchte Kinder verwendet.</p> <p>Begründung: Sexueller Mißbrauch ist nicht ein Problem unter vielen, denen mittels Beratungs- und Schutzangeboten begegnet werden kann. Sondern sexueller Mißbrauch ist vor allem eines der Mittel, die Männer anwenden, um das Selbstbewußtsein und die psychisch-körperliche Autonomie von weiblichen Kindern zu brechen. Gesichtspunkte der Gleichstellung von Frau und Mann müssen folglich zentral bei der Unterstützung der Opfer wahrgenommen werden. Aufgrund der bisherigen Praxis bei der Vergabe der Mittel scheint dieser Aspekt nicht genügend berücksichtigt. Ein Grund für dieses Defizit dürfte die fast ausschließliche Mittelvergabe über das MAGS sein. Auch aus systematischen Gründen ist nicht einsehbar, warum etwa Frauenhäuser ausschließlich vom MGFM, Frauenberatungsstellen teilweise, Mädchenhäuser und begleitende Maßnahmen jedoch nahezu vollständig vom MAGS bezuschußt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. Enth. Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
25	SPD	<p>Kapitel 07 050 Titel 653 63 UT 1 Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 400 000 DM auf 2 100 000 DM</p> <p>ferner bei Titel 684 63 UT 1 Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 600 000 DM auf 2 700 000 DM</p> <p>Begründung: Die Reduzierung dient zur Deckung des Erhöhungsantrages zum Landesjugendplan (Titel 684 61)</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein F.D.P. nein Grüne nein</p>
26	SPD	<p>Kapitel 07 050 Titel 684 63 UT 5 Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 40 000 DM auf 360 000 DM</p> <p>Ferner Titel 653 63 UT 5 Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 40 000 DM auf 360 000 DM</p> <p>Begründung: Mit dem verbleibenden Betrag können die vorgesehenen Mädchenhäuser gefördert werden. (Deckungsantrag)</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. nein Grüne nein</p>
27	SPD	<p>Kapitel 07 050 Titel 526 66 Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 50 000 DM auf 575 000 DM</p> <p>Begründung: Zugunsten des Kinder- und Jugendberichts muß auf eine andere Untersuchung verzichtet werden. (Deckungsantrag)</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja Grüne ja</p>
28	Grüne	<p>Kapitel 07 050 Titel 653 80 Erhöhung des Ansatzes um 60 000 000 DM</p> <p>Begründung: Die zusätzlichen Mittel sollen für die Zuschüsse zu den Betriebskosten für die neu zu schaffenden Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder bereitgestellt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. Enth. Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
29	Grüne	<p>Kapitel 07 050 Titel 883 80  Erhöhung des Ansatzes um 220 000 000 DM</p> <p>Begründung:  Um der großen Nachfrage nach Kindertagesbetreuung zu begegnen, sollen mit diesen Mitteln mindestens 30 000 Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder zusätzlich geschaffen werden. Die neuen Plätze sollen vorwiegend im Kindergartenbereich, daneben aber auch mindestens 1 000 Plätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen werden. Die im 3. Familienbericht genannte Zielvorstellung der Landesregierung, die die Erhöhung des Angebots auf 16 000 Plätze vorsieht, kann erst in 13 Jahren erreicht werden, wenn das Angebot in dem von der Landesregierung jetzt vorgesehenen Umfang von 1 000 Plätzen pro Jahr ausgebaut wird.</p> <p><b>Ferner wurde beantragt:</b></p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:  "Mit den ungebundenen Mitteln in Höhe von *) und den Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von *) dürfen bis zu 100 000 Kindergartenplätze, 1 300 Hortplätze und 1 000 Plätze für Kinder unter 3 Jahren geschaffen werden.  *) vgl. Begründung</p> <p>Begründung:  Am 02.10.1991 hat der Landtag dem Antrag der SPD-Fraktion "Ausbauprogramm für die Förderung von Kindertageseinrichtungen in NW für die Jahre 1992 bis 1995 nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder" (Drs. 11/2378) zugestimmt. In diesem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, das Ausbauprogramm - Schaffung von insgesamt 100 000 Kindergartenplätzen bis 1995 - in die Regierungsverantwortung für die Haushaltspläne des Landes der Jahre 1992 bis 1995 aufzunehmen und den "bereits 1992 die entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen für das gesamte Ausbauprogramm zu veranschlagen." In der Ergänzungsvorlage der Landesregierung ist das Ausbauprogramm in der vom Landtag beschlossenen Form nicht berücksichtigt. Lediglich 75 000 statt der beschlossenen 100 000 Kindergartenplätze sind mit den entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Beschlüsse des Parlaments umzusetzen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein  CDU Enth.  F.D.P. Enth.  Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
30	SPD	Kapitel 07 050 Titel 526 84 Erhöhung des Ansatzes um 50 000 DM auf 200 000 DM Begründung: Angesichts der nunmehr gesetzlich vorgesehenen Einholung und Veröffentlichung der Expertisen und der damit verbundenen Bedeutung sowie der Tatsache, daß nunmehr erstmalig ein ausdrücklich auf Kinder und Jugendliche bezogene Bericht vorzulegen ist, erscheint der angegebene Finanzbedarf unabweisbar.	angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja Grüne ja
31	CDU	Kapitel 07 050 Titel 684 85 Erhöhung des Ansatzes um 100 000 DM auf 100 000 DM Begründung: Mit dem Ansatz sollen zwei Modellprojekte der Kindertagespflege gefördert werden.	abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. Grüne Enth.

Finanzministerium  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den Haushalts- und  
Finanzausschuß des Landtags

- Anlage zu den Vorlagen  
11/896, 11/897, 11/898 und  
11/899 -

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1992

- Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales -
  - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
<p><u>07 020</u></p> <p>684 10</p>	<p><b>Hinweis zu den einzelnen Titeln:</b></p> <p>Die Erläuterungen sind, soweit erforderlich und im nachfolgenden Text nicht besonders erwähnt, entsprechend zu ändern.</p> <p><u>Allgemeine Bewilligungen</u></p> <p>Zuschuß an die Gemeinnützige Gesellschaft zur Information und Beratung von örtlichen Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen mbH</p> <p>(Haushaltsvermerk und VE unverändert)</p>	<p>2.300.000</p>	<p>+ 80.000</p>	<p>2.380.000</p>



Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 020)				
TGr. 60	<u>Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer</u> (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 60	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen (VE unverändert)	12.770.000	+ 700.000	13.470.000
TGr. 63 (neu)	<u>Förderung von Maßnahmen und Initiativen zur Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit</u>  <u>Haushaltsvermerke:</u>			
	1. Bei den Titeln 526 63, 531 63, 541 63, 547 63, 653 63 und 685 63 dürfen Ausgaben in Höhe der Einsparungen bei Titel 684 63 geleistet werden.			
	2. Die bei Titel 684 63 veranschlagte Verpflichtung darf auch zugunsten der Titel 526 63 bis 653 63 und 685 63 in Anspruch genommen werden.			

**Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales**  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 020) (TGr. 63)				
526 63	Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben	-	-	-
531 63	Kosten der Drucklegung und Ver- öffentlichung	-	-	-
541 63	Veranstaltungen und Informations- maßnahmen	-	-	-
547 63	Nicht aufteilbare Verwaltungs- ausgaben	-	-	-
653 63	Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände	-	-	-

**Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales**  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 020) (TGr. 63)  684 63	Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger  <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 0 mehr : + 300.000 DM neu : 300.000 DM	-	+ 1.000.000	1.000.000
685 63	Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Träger	-	-	-
TGr. 72	<b>Ergänzende Förderung von Arbeits- beschaffungsmaßnahmen</b>  (Haushaltsvermerke unverändert)			

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 020) (TGr. 72)  653 72	Zuweisungen an kommunale Träger  <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 69.600.000 DM mehr : + 12.500.000 DM neu : 82.100.000 DM	69.503.000	+ 2.500.000	72.003.000

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
<u>07 040</u>	<u>Altenhilfe und soziale Hilfen</u>			
684 12	Zuschüsse an wissenschaftliche und bildungsfördernde Einrichtungen auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens	525.000	+ 25.000	550.000
TGr. 93	<u>Landesaltenplan- Aus-, Fort- und Weiterbildung von Mitarbeitern in der Altenhilfe</u>			
	(Haushaltsvermerke unverändert)			
684 93	Zuschüsse an freie Träger			
	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u>			
	bisher : 19.200.000 DM			
	weniger: - 483.000 DM			
	neu : 18.717.000 DM			

**Einzelplan 07:** Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
<u>07 050</u>	<u>Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen</u>			
632 00	Erstattung von Verwaltungskosten der Länder	60.000	+ 3.500	63.500
<b>TGr. 60</b>	<b>Förderung der Familienhilfe und Kinderhilfe</b> (Haushaltsvermerk unverändert)			
684 60	Zuschüsse an Organisationen der freien Wohlfahrtspflege (Haushaltsvermerk und VE unverändert)	51.878.000	+ 80.000	51.958.000
<b>TGr. 61</b>	<b>Landesjugendplan</b> (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 61	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe (Haushaltsvermerk und VE unverändert)	137.376.000	+ 820.000	138.196.000

**Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales**  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 050) (TGr. 61)	<p><b><u>Aufteilung der Ansatzänderungen:</u></b></p> <p>Kurzbezeichnung</p>			Änderungsbetrag in DM
Ut 1	<p>Bildungsarbeit der Mitgliedsverbände des Rings Politischer Jugend (LJPI I/1)</p>			+ 300.000
Ut 2	<p>Bildungsarbeit der auf Landesebene anerkannten Jugendverbände (LJPI I/2)</p>			+ 200.000
Ut 7	<p><u>- Änderung der Erläuterungen im Landesjugendplan (Beilage 3) -</u>  <u>Die Zahl "40" wird durch die Zahl "45" ersetzt.</u></p> <p>Internationale Begegnungen (LJPI I/10 a)</p>			+ 400.000
Ut 8	<p>Innerdeutsche Begegnungen (LJPI I/11 a)</p>			- 480.000
Ut 9	<p>Jugendpol. bedeutsame Veranstaltungen (LJPI I/12 a und 12 b)</p>			+ 200.000
Ut 14	<p>Betreuung in Jugendwohnheimen (LJPI III/1)</p>			+ 200.000
Ut 15	<p>Sozialpädagogische Hilfen (LJPI III/3)</p>			- 500.000
Ut 16	<p>Jugendferienmaßnahmen (LJPI IV/1)</p>			+ 100.000
Ut 23	<p>Planung und Leitung des Rings Politischer Jugend (LJPI VI/1)</p>			+ 400.000

**Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales**  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 050)				
681 61	Ausgleich für den Verdienstausfall infolge von Urlaubsgewährung nach dem Sonderurlaubsgesetz (LJPL/1)	4.400.000	+ 180.000	4.580.000
	(VE unverändert)			
<b>TGR. 62</b>	<b>Förderung des Jugendschutzes</b>			
684 62	(Haushaltsvermerk unverändert)  Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe  (VE unverändert)	1.436.200	- 3.500	1.432.700
	<b><u>Aufteilung der Ansatzänderungen:</u></b>  Kurzbezeichnung			Änderungsbetrag in DM
Ut 2	Institutionelle Förderung der für Jugendschutz	Landesarbeitsstellen	+ 25.000	
Ut 3	Förderung von Jugendschutzmaßnahmen		- 31.300	
Ut 5	Förderung der Personalkosten des Informations- und Dokumentationszentrums Psychokulte/Jugendsekten		+ 2.800	



**Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales**  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 050)  TGR. 63	<b>Förderung der erzieherischen Jugendhilfe</b> (Haushaltsvermerk unverändert)			
653 63	Zuweisung an Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Die Kürzung ist beim Ut 1 i.H.v. 400.000 DM und beim Ut 5 i.H.v. 40.000 DM vorzunehmen.)	3.400.000	- 440.000	2.960.000
684 63	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe (VE unverändert) (Die Kürzung ist beim Ut 1 i.H.v. 600.000 DM und beim Ut 5 i.H.v. 40.000 DM vorzunehmen.)	8.600.000	- 640.000	7.960.000
TGR. 66	<b>Veranstaltungen, Untersuchungen und Informationsmaßnahmen auf den Gebieten der Jugend- und Familienhilfe sowie des sozialen Ausbildungswesens</b> (Haushaltsvermerke unverändert)			

**Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales**  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 050) (TGr. 66)				
526 66	Kosten für Sachverständige und Un- tersuchungsvorhaben (VE unverändert)	625.000	- 50.000	575.000
<b>TGr. 84</b>	<b>Kosten der Erstellung des 6. Ju- gendberichtes</b> (Haushaltsvermerk unverändert)			
526 84	Kosten für Sachverständige (VE unverändert)	150.000	+ 50.000	200.000

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
<u>07 070</u>	<u>Krankenhausförderung</u>			
TGr. 62	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke der Krankenhäuser nach den §§ 21, 25, 26, 27 und 28 des Krankenhausgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (KHG NW) (Haushaltsvermerk unverändert)			
684 62	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser	40.000.000	- 3.220.000	36.780.000

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
07 080	<u>Maßnahmen für das Gesundheitswesen</u>			
685 40	Zuschüsse für Werbemaßnahmen zur Gewinnung von Krankenpflegekräften  Verpflichtungsermächtigungen: VE bisher 0 DM + 483.000 DM VE neu 483.000 DM	105.000	+ 470.200	575.200
TGr. 63	<u>Ergänzung der Erläuterungen:</u>  Aus den Mitteln dieses Titels dürfen auch Maßnahmen finanziert werden, die dazu dienen, das Berufsbild "Krankenschwester" oder "Krankenpfleger" in allen Fragen attraktiver zu gestalten.  Maßnahmen auf dem Gebiet des epidemiologischen und allgemeinen medizinischen Gesundheitsschutzes (Haushaltsvermerke unverändert)			

**Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales**  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 080) (TGr. 63)	Kosten für Sachverständige und Untersuchungsverfahren (VE unverändert)	3.595.000	- 185.000	3.410.000
TGr. 64	<u>Bekämpfung erworbener Immunschwäche (AIDS)</u> (Haushaltsvermerke unverändert)	6.575.000	+ 50.000	6.625.000
684 64	Zuschüsse an freie Träger (VE unverändert)			

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 -- Änderungen bei den Haushaltsansätzen --

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 080)				
TGR. 71	<b>Bekämpfung der Suchtgefahren</b> (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 71	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (VE unverändert)	18.260.000	+ 80.000	18.340.000
	<u>Änderung der Erläuterungen:</u> Ut 2 (Prophylaxefachkräfte in Beratungsstellen) Ansatz bisher: 2.780.000 DM + : 80.000 DM Ansatz neu : 2.860.000 DM			

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 080)				
TGr. 81	<b>Gesundheitshilfe</b> (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 81	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen (VE unverändert)	3.447.000	+ 1.000.000	4.447.000
	<u>Änderung der Erläuterungen:</u> Ut 5: Gesundheitsförderung, Selbst- hilfe, Sterbebegleitung und Sonstiges (Veranstaltungen, Kongresse)			

**Einzelplan 07:** Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
	<u>Abschluß Einzelplan 07</u>			
	Gesamteinnahmen	1.013.250.000	-	1.013.250.000
	Gesamtausgaben	6.553.294.600	+ 2.500.200	6.555.794.800
	Verpflichtungsermächtigung	1.919.297.000	+ 12.800.000	1.932.097.000